

NIEDERSCHRIFT

Über die Sitzung des Gemeinderates Margetshöchheim

am 11.01.2011

Von den 17 ordnungsgemäß geladenen Beratungsberechtigten waren 13 anwesend,
-4- entschuldigt, -- nicht entschuldigt, so dass die beschlussfähige Zahl, nämlich mehr als
die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend war.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS/EWS)
Änderung der Gebührensätze
2. Fluglärm Zell/Margetshöchheim
Beschaffung von drei Messboxen
3. Einrichtung eines/r Seniorenbeauftragten/Seniorenvertretung
4. Heizkostenpauschale Margarethenhalle

Sitzung am: 11.01.2011

Bürgermeister Brohm informierte den Gemeinderat, dass die Gemeinderäte Grönert, Jungbauer und Winkler sich wegen des derzeit herrschenden Hochwasserstandes im Hilfseinsatz befinden. Gemeinderat Burkard ist dienstlich verhindert.

Information zu einem Pressegespräch zu den Planungen zum Neubau des Mainsteges

Bürgermeister Brohm informierte den Gemeinderat, dass wenige Stunden vor der Sitzung ein Pressegespräch zur Information über die Planungen zum Neubau des Mainsteges stattgefunden habe. Anlass dieses Gespräches seien aktuelle Presseveröffentlichungen gewesen, die offensichtlich weniger der Information dienen sondern eine bestimmte, emotionale Grundstimmung anfachen bzw. transportieren wollen. Dies sei dem Ziel beider Gemeinden, einen neuen Standort für den Mainsteg festzulegen, nicht dienlich.

Bürgermeister Brohm legte dar, dass die Entscheidung im Gemeinderat von Sachargumenten getragen worden sei und dabei eine Abwägung der jeweiligen Raumhindernisse auf beiden Seiten des Maines stattgefunden habe. In der Jahren 2006 bis 2008 seien alle zur Verfügung stehenden, rechtlichen, technischen, juristischen und politischen Möglichkeiten ergriffen worden, um den Erhalt des derzeitigen Mainsteges zu ermöglichen. Erst nachdem keine Chance mehr bestand, den Mainsteg zu erhalten, habe man sich gemeinsam mit der Gemeinde Veitshöchheim für einen Neubau des Mainsteges und die erforderliche Standortsuche geeinigt. Es sei eine Täuschung der Bürger, wenn eine Bürgerinitiative in Veitshöchheim nun behaupte, der bestehende Mainsteg sei zu erhalten oder zu sichern.

Der weitere Entscheidungsprozess sei aufgrund der Tatsache, dass die dringend erforderlichen Fördermittel zum 31.12.2013 auslaufen, stark unter Zeitdruck geraten. Der zuständige Chefredakteur der Tagespresse beabsichtige in diesem Zusammenhang den Nutzen des Mainsteges für die beiden Gemeinden und dessen überörtliche Bedeutung, den chronologischen Ablauf der Entscheidungsfindung und eine Würdigung des Bürgerbegehrens in der Presse zu veröffentlichen.

Bürgermeister Brohm äußerte bezüglich des Bürgerbegehrens in Veitshöchheim sein Erstaunen, dass bis heute keiner der Mitinitiatoren sich um Sachinformationen

Sitzung am: 11.01.2011

bei ihm bemüht habe. Er sei gerne bereit, jederzeit erforderliche Informationen zur Verfügung zu stellen.

Im Gemeinderat wurde mit Erstaunen festgestellt, dass die Berichterstattung in der Tagespresse ohne die gebotene, journalistische Recherche bei den Fachbehörden erfolge. Insgesamt wurde die Befürchtung geäußert, dass viele Bürger nur sehr gering informiert sind und lediglich die emotionale Seite des Themas transportiert werde. Hinzu komme die regelmäßig fehlerhafte grafische Darstellung von Standortalternativen. Den Vorschlag, ggf. im Rahmen einer Podiumsdiskussion die Bürger auf breiter Basis zu informieren, wurde allgemein befürwortet.

Punkt 1:

**Neufassung der Beitrags- und
Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS/EWS)
Änderung der Gebührensätze**

In der Sitzung vom 14.12.2010 wurde die Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung mit Einführung der getrennten Abwassergebühr beschlossen. Erst im Nachhinein wurde festgestellt, dass die Grundgebühren gemäß § 9 der Satzung keine eigene Kostenmasse bilden, sondern als Teil der „Schmutzwassergebühr“ zu kalkulieren sind. Die Kalkulation war somit neu zu überarbeiten.

Die Verwaltung hatte hierzu zwei Berechnungsalternativen vorgelegt. Bei der Beibehaltung der bisherigen Grundgebühr in Höhe von 60 € pro Jahr würde sich eine Schmutzwassergebühr in Höhe von 1,76 € pro m³ ergeben. Es wäre jedoch auch möglich, auf die Erhebung einer Grundgebühr völlig zu verzichten. In diesem Fall würde sich eine Schmutzwassergebühr von 2,35 € je m³ ergeben.

Im Gemeinderat wurde hierzu eingehend diskutiert. Umweltpolitische Gesichtspunkte sprechen für eine stärker verbrauchsabhängige Berechnung ohne Grundgebühr. Dadurch würde der sparsame Wasserverbrauch stärker begünstigt.

Andererseits müssten dann größere Familien mit höheren Gebühren rechnen. Hier wurden die soziale Komponente und der Gedanke der Solidargemeinschaft angesprochen. Schließlich wurde als Kompromiss vorgeschlagen, die bestehende Grundgebühr künftig zu halbieren.

Nach eingehender Beratung wurde über die vorliegenden Alternativen wie folgt abgestimmt:

Sitzung am: 11.01.2011

- Die Beibehaltung der Gebührensätze für Grundgebühren wurde mit
13 : 0 Stimmen
abgelehnt.
- Die vorgeschlagene Halbierung der Grundgebührensätze wurde mit
8 : 5 Stimmen
beschlossen.
- Demzufolge wurde die Streichung der Grundgebühren mit
5 : 8 Stimmen
abgelehnt.

Aus der Kalkulation ergibt sich eine künftige Niederschlagswassergebühr in Höhe von 0,36 € je m², unabhängig von der Entscheidung über die Höhe der Grundgebühr.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebühren für die Einleitung bzw. Schmutzwassergebühr auf der Grundlage der vorher getroffenen Entscheidung neu zu kalkulieren, die sich ergebenden Gebührensätze in die Beitrags- und Gebührensatzung einzufügen und diese rückwirkend neu zu erlassen.

13 : 0 Stimmen.

Punkt 2:

**Fluglärm Zell/Margetshöchheim
Beschaffung von drei Messboxen**

Bürgermeister Brohm berichtete, dass gemeinsam mit dem Schallgutachter eine Begehung der möglichen Standorte für die Platzierung der drei Messboxen stattgefunden habe. Wegen des permanenten Geräuschpegels, der vom Verkehr der ST 2300 ausgehe, seien nur entsprechend weiter entfernte Standorte geeignet. Eine amtliche Kalibrierung mit Kosten in Höhe von 1.190 € je Box wird laut vorliegender Stellungnahme zunächst für nicht dringend erforderlich gehalten, sofern die Richtigkeit der Messung durch eine Kalibrierungsmessung im Sommer 2011 nachgewiesen wird. Immerhin könne man damit auf Kosten in Höhe von 3.600 € verzichten.

Die Kosten für die Beschaffung von drei Messboxen belaufen sich auf insgesamt 4.800 €. Die vorgeschlagene Kalibrierungsmessung koste weitere 2.856 €. Die Kosten seien von beiden Gemeinden jeweils zur Hälfte zu tragen. Bürgermeister Brohm regte an, aufgrund der vorgenannten Kosten im Haushalt einen Betrag von 8.000 bis 10.000 € vorzusehen.

Sitzung am: 11.01.2011

Aus dem Gemeinderat wurde vorgeschlagen, zu prüfen ob die erforderlichen Messboxen ggf. ausgeliehen oder geleast werden könnten. Weiterhin sollte geprüft werden, ob über das Landratsamt Würzburg, Fachbereich Immissionsschutz, geeignete Messeinrichtungen bereitgestellt werden könnten.

Nach weiterer, eingehender Beratung **beschloss** der Gemeinderat mit

13 : 0 Stimmen,

den vorgeschlagenen Haushaltsansatz vorzusehen, jedoch bezüglich der Beschaffung der Messboxen zu prüfen, ob günstigere Alternativen möglich sind.

Punkt 3:

Einrichtung eines/r Seniorenbeauftragten/Seniorenvertretung

Bürgermeister Brohm gab das Schreiben des Landrats vom 21.12.2010 bekannt, in dem die Unterstützung zur Einrichtung einer Seniorenvertretung angeboten wird. Er wies andererseits darauf hin, dass im Bereich der Gemeinde Margetshöchheim mit insgesamt vier örtlichen Einrichtungen, die sich um Interessen der Senioren kümmern, ausreichend Ansprechpartner vorhanden sind. Im Übrigen halte er es für sinnvoll, den Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport mit den Aufgaben einer Interessenvertretung für Senioren zu beauftragen.

Nach kurzer Beratung **entschied** der Gemeinderat mit

13 : 0 Stimmen,

die vorliegenden Informationen zur Erörterung an den Ausschuss für Soziales, Kultur und Sport zu verweisen.

Punkt 4:

Heizkostenpauschale Margarethenhalle

Auf Anregung des Finanzausschusses wurde erörtert, in den Wintermonaten eine Heizkostenpauschale für Mieter der Margarethenhalle einzuführen. Die letzte Erhöhung der Mietpreise hat im Juli 2003 mit pauschal 5% stattgefunden. Zwischenzeitlich wurde die gesonderte Strompreisabrechnung eingeführt. Im Gemeinderat wurde die Auffassung vertreten, dass es zunächst erforderlich sei, das Energiemanagement der Margarethenhalle zu optimieren. Für die weitere Erörterung des Themas wurde beschlossen, weitere Einzelheiten in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Informationen:

- Änderungsbescheid des Landratsamtes Würzburg zur Entnahme von Grundwasser für die öffentliche Wasserversorgung:

Die Geltungsdauer der wasserrechtlichen Erlaubnis ist bis zum 31.12.2013 befristet. Zu den Auflagen wurde eine Stellungnahme des Bay. Gemeindetages angefordert. Bürgermeister Brohm berichtete, dass weiterhin eine gemeinsame Erörterung mit Vertretern der IKT am Mittwoch, den 09.02.2011, um 10 Uhr im Rathaus vorgesehen sei.

- Information über die vorgesehenen Schlüsselzuweisungen im Jahr 2011

Ergänzend wird zum Termin der Schulverbandsversammlung informiert, dass an den aus dem Jahr 2004 neu errichteten Titan-Zink-Blechdächern der Verbandsschule erhebliche Schäden festgestellt wurden. Offensichtlich habe durch schwefelhaltige Abluft aus den Kaminen ein Korrosionsprozess stattgefunden, der die Dächer teilweise stark beschädigt habe. Zur Klärung der Ursachen und der Haftungsfragen seien hier weitere Gutachten erforderlich.